

Es sei denn mit Macht, die keine Argumente kennt : Bemerkungen zu den Äusserungen der Befürworter

Autor(en): **Kunze, Reiner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 11

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166959>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Es sei denn mit Macht, die keine Argumente kennt

Bemerkungen zu den Äußerungen der Befürworter

Die Verantwortlichen für die Rechtschreibreform sind nicht um Worte verlegen, wenn es darum geht, die Kritiker zu disqualifizieren. Fundierte Argumente finden sich kaum, wenn etwa besorgte Lehrerinnen und Lehrer beruhigt werden sollen, die durch die Reform keine Erleichterung spüren.

Reiner Kunze

Am 1. Januar 2003 erinnerte der Deutschlandfunk an die Rechtschreibreform vor hundert Jahren. Zu Wort kam der Vorsitzende der Zwischenstaatlichen Kommission für die deutsche Rechtschreibung, Herr Professor Dr. Augst. Tenor der Sendung war: So, wie sich die damalige Reform gegen die Erzkonservativen durchgesetzt habe, werde sich auch die heutige durchsetzen. Damals habe der Kaiser darauf bestanden, daß die Anschreiben an ihn in der alten Schreibung abgefaßt wurden, sagte Herr Augst, und heute seien es eben bestimmte Schriftsteller – namentlich nannte er Günter Grass –, die sich gegen die Reform aussprächen. Diese Äußerung kann nur jemand tun, der argumentativ mit dem Rücken zur Wand steht. Bismarck, so Augst weiter, habe die Einführung der Reform in den Amtsstuben verboten, als er aber gestorben sei, sei alles ganz schnell gegangen, und auch der Kaiser habe klein beigegeben. Herr Augst setzt also auf das Ableben derer, die sich gegen die von ihm maßgeblich zu verantwortende Reform verwalten.

Er übersieht: Mit ihnen stirbt nicht, was gegen die Reform spricht. Selbst wenn die Kultusministerkonferenz vor dieser Tatsache den Kopf so tief in den Sand steckt, daß nur noch die Schwanzfedern heraus schauen, wird sie keine Ruhe bekommen – auch nicht nach 2005! Im Gegensatz zu der Reform, deren Einführung in den Amtsstuben Bismarck untersagte, wirft die Reform, die von den Kultusministern eingeführt wurde, die geschriebene Sprache partiell um hundert Jahre zurück.

Damals habe sich durchgesetzt, daß man schreibt, wie man spricht, sagte Herr

Augst. In der Betriebsanleitung von BMW heißt es, der Motor dürfe im Stand nicht «warm laufen». Wie spricht man das? Die Augstsche Reform verhindert wieder, daß man spricht, wie man schreibt, will man nicht etwas anderes sagen, als man meint.

Herr Augst wird es vielleicht nicht für möglich halten – aber auch zwischen dem Sprach- und Demokratieverständnis Bismarcks und des Kaisers auf der einen und dem Sprach- und Demokratieverständnis bestimmter Schriftsteller auf der anderen Seite bestehen erkennbare Unterschiede.

Das «St. Galler Tagblatt» vom 17. Mai 2003 konfrontierte das Schweizer Mitglied der Zwischenstaatlichen Kommission für die Rechtschreibung, Peter Gallmann, mit dem Einwand eines Autors, die Reform bringe zahlreiche «differenzierende Schreibungen» zum Verschwinden. Herr Gallmann antwortete: «Natürlich prüft die Kommission solche Kritiken ernsthaft. Wir wissen allerdings ..., dass sich unter den Schriftstellern immer einige befinden, die jegliche Abkehr vom Vertrauten ablehnen.»

In dem Text des Autors, auf den sich das «Tagblatt» bezog, heißt es, daß dieser 1996, als das erste Wörterbuch der «neuen deutschen Rechtschreibung» erschienen war, das Buch Seite für Seite durchgegangen sei – es waren 1040 – und er begonnen habe, Abschnitte des Regelwerkes und viele der rotgedruckten Hervorhebungen im Wörterverzeichnis zu exzerpieren, um sich mit ihnen vertraut zu machen und sie sich einzuprägen. Sein Bedürfnis, sich die Neuerungen anzueignen, sei jedoch mehr und mehr dem Entsetzen vor ihnen gewi-

Der Lyriker Reiner Kunze, geboren 1933 in Oelsnitz im Erzgebirge, studierte Philosophie und Journalistik an der Universität Leipzig. Nachdem er aus politischen Gründen die Universitätslaufbahn abbrechen mußte, arbeitete er als Hilfsschlosser. Seit 1962 ist er freiberuflicher Schriftsteller. 1976 wurde er aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen und übersiedelte 1977 in die Bundesrepublik Deutschland. Er erhielt zahlreiche Preise und Ehrungen, darunter 1977 den Georg-Büchner-Preis und 2001 den Bayerischen Maximiliansorden für Kunst- und Wissenschaft.

Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen gehört «Die Aura der Wörter. Denkschrift», Radius Verlag, Stuttgart 2002, in der er schreibt: «Das Wort besitzt eine Aura, die aus seinem Schriftbild, seinem Klang und den Assoziationen besteht, die es in uns hervorruft, und je wichtiger und gebräuchlicher ein Wort ist, desto intensiver und prägender ist diese Aura.»



chen, und als er unverzichtbare Wörter nicht wiedergefunden habe, habe er sich an die Öffentlichkeit gewandt.

Hat Herr Gallmann diesen Text gelesen? Wenn ja, wie kann er dann den Eindruck erwecken, der Verfasser gehöre zu jenen, *«die jegliche Abkehr vom Vertrauten ablehnen»*? Wenn nein, wie kann er dann behaupten, solche Kritiken würden ernsthaft geprüft?

Ob bei Herrn Augst, Herrn Gallmann oder einer Reihe anderer Verantwortlicher (die Belege für diese könnten erbracht werden): Ihre spontane Reaktion auf ein kritisches Argument scheint alles andere zu sein als die Bereitschaft, es ernsthaft zu prüfen. Das erste, womit sie reagieren, ist der Versuch, den Kritiker zu disqualifizieren.

Offenbar läßt sich ihre Sache anders nicht mehr verteidigen – es sei denn mit der Macht, die keine Argumente kennt.

Ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland, von Beruf Arzt, wandte sich im Mai 2003 schriftlich an den Ministerpräsidenten seines Bundeslandes, um ihn *«auf ein viele Deutsche bewegendes ungelöstes Problem aufmerksam zu machen – die unselige – Rechtschreibreform»*, und bat ihn, *«den Länderkonsens bei der Einführung der Reform»* aufzukündigen. Ein wenige Seiten umfassender Text mit Einwänden gegen die Reform und Informationen über die Hintergründe ihres Zustandekommens war beigelegt.

Der Ministerpräsident antwortete, daß er im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium *«keinen Anlaß für die Aufhebung der Reform»* sehe. *«Das von Ihnen angesprochene Thema»*, schrieb er dem Arzt, *«hat lange Zeit die Diskussion beherrscht. In einer intensiven Auseinandersetzung wurde das Für und Wider gründlich abgewogen. Das Ergebnis war der Länderkonsens, der die Rechtschreibreform zur Folge hatte.»*

Selbst ein Apologet der Reform wie Dieter E. Zimmer erklärte vor kurzem im «Börsenblatt», er wolle die Regeln für die Getrennt-

und Zusammenschreibung *«noch einmal grundsätzlich aufgerollt»* sehen. Sie sind ein Kernstück der Reform. Wieso sie nochmals aufrollen – und das *«grundsätzlich»* –, wenn bei ihrer Einführung *«das Für und Wider gründlich abgewogen»* wurde?

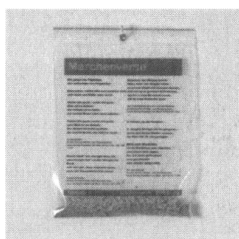
In einem «Spiegel»-Interview zur Rechtschreibreform sagte 1995 der bayerische Kultusminister, Hans Zehetmair: *«Man wird uns, die Kultusminister, fragen: Was habt ihr denn da angestellt?», und gegenüber der «Bayerischen Staatszeitung» vom 11. Juli 2003 äußerte er: «Wir hätten die Rechtschreibreform nicht machen dürfen ... Es gibt keine Notwendigkeit, daß das so bleibt.»* War doch nicht alles *«gründlich abgewogen»*? Auf der öffentlichen Jahresversammlung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste im Juli 2003 sprach der Ministerialbeamte Toni Schmid vom *«Unsinn der Rechtschreibreform»*.

Was böte einen zwingenderen Anlaß, einen Konsens aufzukündigen, als die Erkenntnis, daß er Unsinn zur Folge hatte? Dabei ist «Unsinn» noch ein kultusministerieller Euphemismus, ein Kleinreden der eigenen Mitschuld, denn es handelt sich um eine gravierende Beschädigung der deutschen Sprache, also um ein kulturelles Jahrhundertvergehen.

In dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten heißt es weiter: *«Wie mir das ... Kultusministerium mitteilt, werden die neuen Regeln in allen Schulen mit Erfolg angewendet. Die erhoffte Erleichterung des Rechtschreibunterrichts ist eingetreten.»*

Über eine Grundschulleiterin aus dem Bundesland eben dieses Ministerpräsidenten konnte man am 1. August 2003 lesen: *«Daß das Schreiben durch die Rechtschreibreform leichter geworden wäre, bezweifelt die Lehrerin. Sie beobachtet eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber der Rechtschreibung und eine abnehmende Beherrschung derselben.»* Worin also besteht dann der Erfolg, mit dem die Regeln seit fünf Jahren angewendet werden? Oder hat sich die *«erhoffte Erleichterung»* nur an dieser einen Schule nicht eingestellt?

Was böte einen zwingenderen Anlaß, einen Konsens aufzukündigen, als die Erkenntnis, daß er Unsinn zur Folge hatte?



«Ich habe keine wirkliche Erleichterung gefunden», sagt der Gymnasiallehrer Wolfgang Illauer, der in einem anderen Bundesland unterrichtet. Durch die Reform seien neue Fehlerquellen entstanden, die es in sich hätten. Von einem Rückgang der Fehlerzahlen könne keine Rede sein, weshalb er «am liebsten einen Untersuchungsausschuß» fordern würde. Illauer: «Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Reformer vor fünf Jahren behaupteten, die Zahl der Rechtschreibfehler werde an den Schulen um 50 Prozent zurückgehen.»

Ist es dann vielleicht auch eine Ungeheuerlichkeit, wenn ein Kultusministerium dem Ministerpräsidenten rät, einem Bürger mitzuteilen, die «erhoffte Erleichterung» sei eingetreten? Der Lehrer Wolfgang Illauer steht mit seinen Erfahrungen nicht allein. In einem Deutschlandfunk-Interview vom 1. August 2003 mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, wurden sie ausdrücklich bestätigt.

Abgesehen davon wären eine Beschädigung der Sprache, ein Aushebeln des Sprachgefühls und eine Erschwernis des Lesens mit einer Erleichterung des Rechtschreibunterrichts nicht zu rechtfertigen.

Würden die Bürger die Verluste, die ihrer Sprache durch die Reform entstehen, im Portemonnaie spüren, würde die Partei, deren Politiker öffentlich erklärten, sie sähen keine Veranlassung, etwas gegen die Ursache dieser Verluste zu tun, die nächste Wahl mit Donnerhall verlieren. Ein Großteil der Menschen spürt diese Verluste aber nicht einmal mehr im Kopf (weswegen den meisten kein Vorwurf zu machen ist). Außerdem weiß man: Keine Partei ergreift für die Sprache Partei – die Sprache ist in diesem Land politisch machtlos. ■

Wie weiter?

Erstens: Die Reformschreibung wird als «vorübergehend gleichberechtigt» anerkannt, damit keinem, der sie gelehrt bekommen hat, ein gesellschaftlicher Nachteil entsteht.

Zweitens: Ab der ersten Klasse des neuen Schuljahres wird wieder die Rechtschreibung unterrichtet, die bis 1998 galt.

Drittens: Das Eingeständnis, einen Irrweg gegangen zu sein, wird die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen.

Dieser Beitrag ist ein leicht überarbeiteter Wiederabdruck aus «Mut, Forum für Kultur Politik und Geschichte», Nr. 434 (2003).

